Erscheint wöchentlich einmal in Zürich (Schweiz)

Verlag Volksbuchhandlung Hottingen-Zürich.

Postsendungen franco gegen franco. Gewöhnliche Briefe nach der Schweiz kosten Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

Abonnements werden nur beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegengenommen und zwar zum voraus zahlbaren Vierteljahrspreis von: Fr. 3.— für die Schweiz (Kreuzband) Mk. 3.— für Deutschland (Couvert) fl. 1. 70 für Oesterreich (Couvert) Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Kreuzband)

Inserate Die dreigespaltene Petitzeile 25 Cts. — 20 Pfg.

№ 52. Donnerstag, 21. Dezember. 1882.

Avis an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat".

Da der „Sozialdemokrat" sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezw. verfolgt wird, und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr nothwendig und darf keine Vorsichtsmaßregel versäumt werden, die Briefmarder über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützen. Hauptforderniß ist hiezu einerseits, daß unsere Freunde so selten als möglich an den „Sozialdemokrat", resp. dessen Verlag selbst adressiren, sondern sich möglichst an irgend eine unverdächtige Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; anderseits aber, daß auch uns möglichst unverfängliche Zustellungsadressen mitgetheilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich behufs größerer Sicherheit Recommandirung. Soviel an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat" unsern Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteigenossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemaßregelten nicht!

Weihnacht.

Von Adolf Strodtmann.

Weihnacht! Weihnacht! Tausend Jubelklänge
Schallen froh zum Himmelsdom empor.
Weihnacht! Weihnacht! Tausend Freudensänge
Schlagen an mein wonnetrunk'nes Ohr.
Mag ich einsam auf den Gassen lauschen,
Oder tret' ich in den bunten Saal:
Lied und Scherz zu mir herüberrauschen,
Lust und Wonne hallt von Berg und Thal.

Weihnacht! Weihnacht! Siehe, tausend Kehlen
Jauchzen Dir und Deiner stillen Pracht —
Aber hunderttausend arme Seelen
Aechzen draußen in der kalten Nacht.
Hunderttausend arme Schächer wimmern,
Ach vergebens, um ein Stückchen Brod,
Und aus hunderttausend Hütten schimmern
Frost und Hunger, Elend, Gram und Noth.

Weihnacht! Weihnacht! Ach, aus gold'nem Hause
Flammt der Kerzenschein mit hellem Strahl:
Doch das Elend weint in dunkler Klause
Blut'ge Zähren, stumm in Todesqual.
Harter Mann, der Du mit tollem Schwärmen
Uebertäubst des Bettlers Klagelied:
Rührt Dich nicht der Armuth stilles Härmen,
Die vor Deiner Thüre bebend kniet?

Weihnacht! Weihnacht! Nacht, da Gott gesendet
In die Welt den eingebornen Sohn:
Sieh', Dein Walten blieb noch unvollendet,
Und es dünkt uns fast ein grimmer Hohn.
Sprich, „allmächt'ge Liebe", kannst Du's leiden,
Daß umsonst sein Brod der Arme sucht,
Daß am üpp'gen Mahl sich Tausend weiden,
Doch der Bettlerschaar Dich wild verflucht?

Weihnacht! Weihnacht! Kennst Du kein Erbarmen?
Ew'ger Gott, verschließt sich uns Dein Herz?
Kam Dein Jesus Christus nicht den Armen,
Nicht, zu stillen der Betrübten Schmerz?
Gott, mein Gott, was hast Du uns verlassen?
Deine schöne Welt verscheidet still,
Sieh', Dein Volk verhungert auf den Gassen!
Und kein Heiland, der ihm helfen will?

* * *

Was im Schmerz der Dichter einst gesungen,
Hunderttausend rufen's zornig heut',
Doch zu keinem Gotte ist's gedrungen,
Und kein Heiland kommt, der Hilfe beut.
Volk, soll Dir einst Deine Weihnacht tagen,
Willst Errettung Du aus Noth und Pein,
Mußt Du fordern, mußt zu kämpfen wagen,
Mußt Du selbst Dir Gott und Heiland sein.

Poto.

Christlich-soziale Lügen und sozialdemokratische Wahrheiten.

(Schluß.)

III. Ein unverdächtiger Zeuge.

Wen die Thatsachen nicht darüber belehren, wo die Ausbeutung der Arbeit in der heutigen privatkapitalistischen Gesellschaft liegt, wer auch noch das Bedürfniß hat, die Stimme eines Sachverständigen, einer „Autorität" darüber zu hören, und zwar einer christlich-germanischen Autorität, dem ertheilt diese Auskunft in nicht mißzuverstehender Deutlichkeit — Rodbertus.

Rodbertus war zweifelsohne der bedeutendste sozialkonservative Schriftsteller Deutschlands, das Wort „konservativ" im weiteren Sinn genommen. Aus seinen Schriften hat die ganze Schaar der sogenannten Staats- ꝛc.-Sozialisten ihre Weisheit entnommen, wobei sie allerdings oft genug nur die Ausführungen dieses geistreichen Denkers annektirten, seine Schlüsse aber unterschlugen oder fälschten.

Schon im Jahre 1851 schrieb Rodbertus in der Vorrede zu seinen „Sozialen Briefen an Herrn von Kirchmann", er wolle ihm den Beweis liefern:

„daß nämlich die Ursache des Pauperismus und der Handelskrisen in nichts Anderem liegt, als daß in der heutigen staatswirthschaftlichen Organisation bei der steigenden Produktivität der Arbeit der Lohn der arbeitenden Klasse eine immer kleinere Quote des Nationalproduktes wird."

In Bezug auf die Handelskrisen reicht diese Erklärung — dies im Vorbeigehen gesagt — nicht aus, dagegen trifft sie in Bezug auf den Pauperismus den Nagel auf den Kopf.

Rodbertus weist das in dem dritten Briefe — um mit Lassalle zu reden — „ausführlich und meisterhaft" nach. Er wendet sich da gegen den liberalen Schönschwätzer Bastiat, der zur Vertheidigung des Zinses denselben Kunstgriff angewendet hatte, den der konservative Schönschwätzer Stöcker anwendet, um den Unternehmergewinn zu retten: Beide drängen nämlich in ihrem edlen Bestreben die Frage auf ein falsches Gebiet, stellen sie dar, als stände sie zwischen Unternehmern und Kapitalisten. Gegen diese Finte polemisirt nun Rodbertus wie folgt:

„Aber zwischen Kapitalisten und Unternehmer herrscht heute kein Streit, sondern zwischen diesen zusammen einer Seits und den Arbeitern anderer Seits. Die Unternehmer sind es nicht, die sich weigern, den Kapitalbesitzern Zinsen zu zahlen, wohl aber behaupten die Arbeiter, daß das, was Unternehmer und Kapitalbesitzer ziehen, daß Gewinn und Zins ihnen den gerechten Arbeitslohn schmälern."

Rodbertus geht nun auf ein von Bastiat gewähltes Beispiel ein, weist das Schiefe desselben nach und fährt fort:

„Wenn nun, meine ich, gar die Untersucher, um diese Rechtfertigung (des Zinses) zu begründen, Napar (Kapitalist) und Jakob (Arbeiter) und wieder Wilhelm (Fabrikant) und Johann (Arbeiter) identifizirten (als gleich hinstellten)! Wäre es nicht für Jakob und Johann (die Arbeiter), um vollends die Geduld zu verlieren! Wären sie nicht berechtigt, zu glauben, daß man zu ihrer Noth noch den Hohn und die Täuschung — (wie wird Ihnen, Herr Stöcker?) — fügen, aber keinen Falles Bereitwilligkeit zur Lösung des Räthsels zeigen wolle?"

So schrieb Rodbertus 1851 über Leute, welche die Frechheit haben, sich als soziale Reformatoren aufzuspielen und dabei „Wilhelm" und „Jakob" gleichzusetzen.

Als Rodbertus 1875 starb, übernahm es Herr Adolph Wagner, der jetzige Kampfgenosse des Herrn Stöcker, die nachgelassenen Werke desselben herauszugeben. Abgesehen von der Herausgabe der Lassalle'schen Briefe an Rodbertus, die den Beweis liefern sollten, daß Lassalle mit der heutigen Sozialdemokratie nichts gemein habe, hat Herr Wagner bis jetzt nicht die Zeit oder aber nicht den Muth gefunden, sein Versprechen einzulösen. Er, der doch den Muth fand, Herrn Stöcker am 10 Dezember „als Sozialpolitiker" zu verherrlichen, von dem „wir, seine Anhänger, wissen, daß, was er uns verkündet, richtig ist." Dagegen hat der bekannte christlich-konservative Schriftsteller Dr. Rudolph Meyer im vergangenen Jahre zwei Bände „Briefe und sozialpolitische Aufsätze" von Rodbertus herausgegeben. Die Briefe datiren aus den Jahren 1870—74. Hören wir nun, wie Rodbertus 20 Jahre nach Veröffentlichung der obigen Briefe spricht:

Brief vom 21. April 1872:

„Niemand wird mich auch je überzeugen können, daß auf den heutigen sozialen Grundlagen — nämlich auf der Basis des Grund- und Kapitaleigenthums — die Lösung (wollen sagen, die relative Lösung*) der sozialen Frage in etwas Anderem zu suchen sei als in den beiden Wörtchen: **Mehr Lohn**."

Brief vom 6. Januar 1873 (S. 283):

„Der Eigennutz paktirt mit dem Eigennutz — das ist die Erklärung der Theilung der Kapitalrente, wenn das Kapital geliehen ist, der Sonderexistenz von Unternehmergewinn und Zins. Die Erklärung der Kapitalrente selbst der Arbeit gegenüber steht auf einem anderen Blatt."

(S. 288): „Die Holländer haben viele Dezennien einen Zinsfuß von 3 und 2½ Prozent gehabt, der Lohn ward doch nicht höher; überhaupt hat die Lösung der sozialen Frage mit dem Stande des Zinsfußes nichts zu thun, denn, wie gesagt, bei dem Zinsfuß von 3 Prozent kann absolut Alles, was über den nothwendigen Unterhaltsbetrag des Arbeiters geht, zu Rente werden, wie bei 10 Prozent."

Immer noch im selben Brief ruft Rodbertus S. 291 aus;

„Die Hand von den Aktiennunternehmungen! — Die Lösung der sozialen Frage bedarf dieser Straßenkehrer, denn auch ohne „Innungsform" — die Anführungsstriche sind von Rodbertus**) — bedarf sie einer Reinheit, als hätten die Tauben sie zusammengelesen."

Sollte man nicht meinen, Rodbertus sei auch so ein „jüdischer Sozialist" wie Marx und Lassalle?

Merkwürdig ist es jedenfalls, wie dieser Gelehrte stets, wenn er in eine prinzipielle ökonomische Polemik verwickelt wird, aus einem Konservativen ein Revolutionär wird. Denn der Gedanke, daß die größere Konzentrirung der Produktion, wie sie durch die Aktiengesellschaften ermöglicht wird, der Lösung der sozialen Frage die Straße ebnet, natürlich durch Beseitigung der Kleinproduktion — „wie ein Dampfmaschinenbesen", sagt Rodbertus — ist durchaus revolutionär. Er läßt eine Lösung der sozialen Frage auf der Grundlage des kapitalistischen Privateigenthums nicht zu, und wenn Rodbertus an anderen Orten von einer solchen spricht, so geschieht dies nur mit Bezug auf die nächste Zukunft. Für diese hoffte Rodbertus auf eine Zwischenstufe, eine Art Staatssozialismus, welchen er nicht für gefährlich hielt, da er glaubte, daß der Absolutismus in Preußen überwunden sei.

Von dem heutigen Polizeistaat aber die Lösung, ja auch nur eine verhältnißmäßige Lösung der sozialen Frage zu erwarten, so naiv war Rodbertus doch nicht. Er schreibt am 26. August 1872 in dieser Beziehung an Rud. Meyer (S. 234):

„Wenn Sie aber ein so vortreffliches Urtheil über die Kathedersozialisten fällen, so wundert mich nur, daß Sie den Polizeistaat so hoch stellen. Sollten die Polizeimittel in der sozialen Frage mehr verschlagen als die weißen Salben der Kathedersozialisten?" — — „Schämen sollte sich dieser Polizeistaat, aber von der Behandlung der sozialen Frage soll er abbleiben."

Nicht minder abfällig urtheilte Rodbertus über die „Reformen", von welchen heute so großes Aufhebens gemacht wird, als sei in der famosen „Kaiserbotschaft" der Heiland auf die Erde gestiegen.

So schreibt er unter eine 1874 von Rud. Meyer an Bismarck gerichtete Denkschrift (S. 448):

„Solange der Lohn der Arbeiter nicht im Verhältniß der Steigerung des Nationaleinkommens mitwächst, sind Zwangskassen für die Nothdurft (Krankheit und Invalidität), das himmelschreiendste Unrecht, was den arbeitenden Klassen zugefügt werden kann. Warum nicht über den Versuch grübeln, jenen Nothdurftsbeitrag aus der unverhältnißmäßig anschwellenden Rente (Grund- und Kapitalrente) zu schöpfen?"

Ueber die Schutzzöllnerei schreibt Rodbertus am 3. Oktober 1875 an Rudolph Meyer (S. 421):

„Sie wickeln eine sozialistische Maßregel für die Arbeiter (internationalen Arbeiterschutz) in eine schutzzöllnerische Maßregel für die Unternehmer. Das ist schon formell gefährlich. Sie haben in Eisenach (d. h. bei den Kathedersozialisten) nicht die Majorität in sicherer Hand, es könnte also leicht geschehen, daß der Antrag auf schutzzöllnerische Maßregel durchginge, der auf sozialistische Maßregel durchfiele, das würde ich aber für ein großes Unglück halten."

Noch energischer spricht sich Rodbertus gegen Sozialistenverfolgungen aus. Er schreibt am 4. August 1871:

„Mich verfolgt überhaupt seit einiger Zeit eine große Angst, — daß nämlich die Verhandlungen der europäischen Kabinete bezüglich der „Internationalen" zu einer Art „Karlsbader" Beschlüsse gegen die Bestrebungen der arbeitenden Klassen führen könnten. Das wäre ein Unglück, das das Glück des wiedererstandenen deutschen Reiches aufwiegen würde."

Wir haben die letzteren Zitate, die eigentlich nicht zur vorliegenden Frage gehören, deshalb angeführt, um den Abstand, der zwischen diesem wirklichen konservativen Sozialreformer und der ebenso unwissenden wie verlogenen Gesellschaft besteht, welche sich heute diesen Namen anmaßt, desto voller hervortreten zu lassen. In jeder wesentlichen Frage stoßen wir da auf einen fundamentalen Gegensatz. Dort Streben nach wissenschaftlicher Klarheit, hier bewußte Verwirrung der Begriffe, dort ängstliche Vermeidung jeder nicht wirklich nutzbringenden Maßregel, hier unverfrorenes Herumtappen nach allerhand schönklingenden Projekten, dort Sorge für freie Diskussion, hier Unterdrückung jeder unabhängigen Kritik, dort ernsthaftes Arbeiten, hier plumpe Reklame.

Reklame, plumpe Reklame, das ist das Losungswort der ganzen christlich-sozial-konservativen Sippschaft, deren Typus Herr Stöcker ist. Hochtrabende Etiketts auf werthlose Dinge, dies das Rezept, nach dem sie „arbeiten".

Die Ergänzung zur Reklame ist, wie immer, die Verleumdung.

Wir haben nach Ansicht mehrerer Genossen Herrn Stöcker vielleicht zu viel Ehre erwiesen, indem wir ihm drei Artikel unseres Organs widmeten. Indeß lag es uns daran, mit diesem Herrn, der sich von seiner Garde in einer Weise verherrlichen und anwedeln läßt, daß es wahrhaftig jeden anständigen Menschen anwidern muß, einmal ein deutsches Wort zu reden. Durch das infame Ausnahmegesetz ist Herr Stöcker in den Stand gesetzt, seine Lügen allerorts unbehelligt an den Mann bringen zu können — wie er es neuerdings in Dresden und Chemnitz gethan. Wenn auch die Arbeiter auf seinen preußischen Köder nicht anbeißen, so sind sie doch vielfach nicht in der Lage; den edlen Hofprediger in seiner ganzen Niedertracht zu durchschauen.

Ihnen das Material dazu zu liefern, das war der Zweck dieser Artikel.

*) Von einer absoluten Lösung auf dieser Basis kann natürlich keine Rede sein.

**) der von den „neuen Innungen" an anderer Stelle (S. 488) sagt: „Die Organisirung neuer Zünfte liegt nicht auf dem Wege der „Lösung der sozialen Frage."

Aus Vollmar's Rede über die Handhabung des Sozialistengesetzes.

Gehalten am 13. Dezember 1882.

Vollmar begann seine Rede mit der Konstatirung dea in den Denkschriften von Berlin, Hamburg und Leipzig niedergelegten Geständnisses, daß der Erfolg des „Kleinen" überall den Erwartungen „noch nicht entsprochen" habe, und fuhr dann fort:

Das Bekenntniß des Mißerfolges schließt mit der Erklärung der preußischen Regierung:

Der Stand der sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland und den übrigen Kulturstaaten ist bedauerlicherweise zur Zeit keineswegs ein derartiger, daß auf ein Erlöschen oder auch nur auf ein Ermatten derselben mit Recht geschlossen werden dürfte.

Meine Herren, der Schluß, den die Polizei beziehungsweise die Regierung an diese Anführungen knüpfen, ist selbstverständlich wie in der Messe das Amen: der Belagerungszustand ist nicht entbehrlich und muß weiter gehandhabt werden. Nun, meine Herren, wenn man die Polizei fragt, ob sie eines ihrer Machtmittel zu entbehren vermöge, oder wenn Sie den Belagerungszustand erst dann abschaffen wollen, wenn die Wirkungen erzielt sind, welche die Polizei damit zu erzielen wünscht — dann wird der Belagerungszustand niemals abgeschafft werden können.

Meine Herren, ich könnte nun die Taktik beobachten, daß ich meine Partei, ihre Bestrebungen, ihre Taktik, alle ihre Mittel als möglichst harmlos, dagegen die von der Polizei angeblich erzielten „Erfolge", gestützt auf die Ausführungen der Polizei selbst als möglichst bedeutend darstelle, um so vielleicht einige Stimmen gegen den Belagerungszustand zu gewinnen. Ich werde diese Taktik indeß nicht befolgen, weil ich sie für eine unser unwürdige halte. Nur eine schwächliche Sache kann in so schwächlicher, kleinlicher Weise behandelt werden. Ich bin stets der Meinung gewesen, daß das Beste in allen diesen Dingen die Offenheit ist, und daß das Wort zutrifft, das einmal der Reichskanzler für seine Politik gebraucht hat — womit ich indessen die Politik des letzteren in keinerlei Zusammenhang mit unserer Bewegung bringen will —, daß die starken Spiele offen gespielt werden.

— — Nun, meine Herren, begreife ich ja vollständig, daß Sie sich solcher Mittel bedienen müssen — Ihre Sache ist ja auch danach! Aber man sollte doch mindestens das Geld nicht so wegwerfen! Wenn Sie einmal die Polizeimanipulationen des napoleonischen Kaiserreichs nachmachen müssen, dann sollen Sie doch auch seine Geschicklichkeit nachmachen.

(Heiterkeit.)

Kurz und gut, fassen wir alle diese Geschichten zusammen, so bleibt das Eine bestehen, was mir Niemand wird bestreiten wollen. Wenn wir todt zu machen wären durch derartige äußere Mittel, dann wären wir es längst. Und daß wir es nicht sind, ich meine, das ist der allerbeste Beweis gegen die Art von Gesetzen, wie Sie sie gegen uns gemacht haben. — — —

Als ein nothwendiges Mittel gegen uns wurde vor allem die Unterdrückung unserer Presse bezeichnet. Meine Herren, Sie haben allerdings unsere Presse in Deutschland unterdrückt; aber die Presse überhaupt zu unterdrücken, ist Ihnen nicht gelungen. Sagt doch die Vorlage selbst: daß der „Sozialdemokrat" — d. h. das offizielle Parteiorgan — „in einer großen Anzahl von Exemplaren in Deutschland verbreitet sei". Man nennt Ihnen die Zahl von 13,000 Stück, welche in einem einzigem Vierteljahr erwischt worden seien. Ich sage „erwischt", denn der größte Theil ist selbstverständlich nicht erwischt worden. Ich halte es natürlich nicht für nothwendig, Ihnen zu sagen, wie viele Exemplare verbreitet wurden; aber das kann ich Ihnen sagen, daß die Zahl von Schriften, die allwöchentlich verbreitet werden, d. h. nicht nur das Parteiorgan, sondern auch andere Schriften, nicht allzuweit von der Ziffer sich entfernen, was Sie in einem Vierteljahr erwischt haben! Allerdings ist diese geheime Presse ungesetzlich, wie überhaupt unsere ganze Existenz ungesetzlich ist; aber indem wir diese Presse verbreiten, sind wir im Stande, uns auf einen Ausspruch des Herrn Reichskanzlers zu stützen, der im Jahre 1876 sagte: er glaube, es wäre viel nützlicher, „die sozialdemokratischen Blätter mehr zu verbreiten und nachzudrucken . . . wenn dieselben an Luft und Sonne kämen, so müßten sie in ihrer Unausführbarkeit und verbrecherischen Thorheit erkannt werden". Nun, wir wollen dem gar nicht entgegentreten, daß man uns in unserer „verbrecherischen Thorheit und Unausführbarkeit" erkennt, und wir sind loyal genug, Ihnen die Mittel hiefür selbst zu liefern. Da werden Sie uns doch nicht entgegentreten und von einem „illoyalen Kampfe" sprechen können.

Ueber die Organisation, da habe ich nicht nöthig, viel zu sagen. Es ist schon in dem Bericht niedergelegt, daß der Polizei es sogar in dem Gebiete des Belagerungszustandes nicht geglückt ist, unsere Organisation zu sprengen, sondern daß sie sich im Gegentheil immer mehr festigt, was ich in der That nur bestätigen kann.

— — Nun der letzte und wichtigste Punkt, den Sie in der Vorlage finden. Ich möchte Sie vorher erst noch einmal daran erinnern, daß, als das Ausnahmegesetz gemacht wurde, namentlich als Zweck angegeben worden ist, daß man den Boden wieder ebnen müsse für ein „positives Wirken". Ich frage Sie nun, was in dieser Beziehung erzielt worden ist? Die Vorlage wird in Bezug hierauf geradezu wehmüthig, und sie hat auch volle Ursache dazu. Sie sagt nämlich:

> Auch die Hoffnung, durch die sozialpolitischen Gesetzvorlagen dieselbe — (nämlich die Sozialdemokratie) — in ruhigere Bahnen gelenkt zu sehen, hat sich nicht erfüllt. Man wird sich jetzt der Ueberzeugung nicht verschließen dürfen, daß auf eine richtige Würdigung der auf die Hebung des Wohls der Arbeiterbevölkerung abzielenden Bewegungen des Staats seitens der sozialdemokratischen Partei kaum noch gerechnet werden kann.

Meine Herren, Sie finden darin nur eine Bestätigung dessen, was ich in der Lage war Ihnen bei den Verhandlungen über das Tabakmonopol zu erklären. Uebrigens muß ich sagen, daß mir die Art, wie die Arbeiter, die Sozialdemokraten, die Vorlage würdigen, gerade die richtige Würdigung zu sein scheint. Wer dem Herrn Reichskanzler als Leiter der Politik im Allgemeinen und auch als verantwortlichem Leiter der Politik gegen die Sozialdemokratie weisgemacht hat, daß die Sozialdemokraten für das Linsengericht einiger Kleinigkeiten das Recht ihrer Erstgeburt hergeben, der hat ihn ganz bedeutend getäuscht, oder er hat sich selbst getäuscht.

Man möchte gern, daß wir uns — wie die Norddeutsche Allgemeine Zeitung vor einiger Zeit sich ausdrückte — nicht auf das Gebiet der „hohen Politik" begeben, sondern lediglich auf das ökonomische Gebiet beschränken. Da will ich Ihnen nun sagen, daß die Sozialdemokratie seit alter Zeit weiß, daß sozialökonomische Zugeständnisse auch zu sehr reaktionären Zwecken gemacht und gebraucht werden können. Zu gewissen Zeiten ist es sogar die Regel und ein Mittel, durch derartige kleine und anscheinend groß aussehende Zugeständnisse zur Verstärkung des Absolutismus beizutragen. Wir aber sind Sozialdemokraten, und deshalb wollen wir — das können Sie aus allen unseren Programmen von Anfang an bis jetzt ersehen — nicht nur kleine Nachbesserungen und Flickereien, sondern für uns ist die soziale und die politische Emanzipation untrennbar! Schon Lassalle und nach ihm die Internationale und die Partei bis auf unsere Zeit haben in erster Linie die politische Macht angestrebt, das ist namentlich in dem bedeutendsten und ältesten Aktenstück unserer Partei, dem kommunistischen Manifest — einer der Verfasser desselben ist der bekannte Oekonom Karl Marx, dem wohl auch Sie seine Stellung in der Wissenschaft nicht bestreiten werden — schon ausgedrückt, indem es sagt: daß „der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zu der herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie" sei. Und weiter sagt das Eisenacher Programm: „Die politische Freiheit ist die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staate". — — —

— — Es ist da die Rede vor allem von revolutionären Festen im Auslande. Ich weiß nicht recht, wie das, was im Auslande geschieht, auf den Reichstag einwirken soll. Was aber speziell das Fest in Wyden, auf das Bezug genommen ist — ein Fest, dem unter anderen drei Mitglieder dieses Hauses beigewohnt haben und ich persönlich —, so erlaube ich mir einfach mitzutheilen, wer der Berichterstatter der Regierung über dieses Fest ist. Nun, der einzige Bericht, den die Regierung über dieses Fest hat, ist geliefert worden von dem betrügerischen Bankerotteur und Polizeispion Schmidt! Wir haben die Beweise dafür in Händen, daß er dafür die Summe von 150 Mark bekommen hat; ob der Bericht das werth war, weiß ich nicht. Uebrigens leugne ich gar nicht, daß wir auf dem besagten Feste frisch von der Leber weg gesprochen haben. Ich sehe auch gar keine Ursache ein, warum wir dies nicht thun sollten. Wir haben uns nicht in Deutschland befunden, sondern in der schweizerischen Republik, und annoch ist Niemand in Deutschland — so sehr man das an gewissen Stellen wünschen mag — im Stande, der schweizerischen Republik Befehle zu ertheilen! In der Schweiz gibt es nur einen Souverän, das ist das Volk. Das schweizerische Volk hat aber nichts dagegen, daß wir uns äußern wie wir wollen, und ich sehe nicht ein, wie Jemand dazu kommen kann, derartige Dinge, die im Auslande gesetzlich zulässig sind, hier als Begründung für etwas aufzustellen, was man anderweitig nicht zu begründen vermag. — — — —

— — Sodann ist man darauf gekommen, daß in polnischen Landestheilen nunmehr ebenfalls eine sozialistische Bewegung entstanden sei und dieselbe namentlich von dem sogenannten Londoner Zentralkomite ausgegangen sei. Ich halte mich verpflichtet, es hier sowohl im Namen der deutschen Sozialdemokraten zu erklären — als bin ich namentlich dazu ermächtigt auch von unseren polnischen Gesinnungsgenossen —, daß die Bewegung in Posen absolut nichts zu thun hat mit einer angeblichen, in der That gar nicht existirenden „Londoner Internationale", sondern daß dieselbe eine sozialdemokratische ist, und daß die polnischen Gesinnungsgenossen in Posen sich in vollkommener Uebereinstimmung befinden mit den dortigen deutschen Genossen. — — —

— — Nun komme ich zum letzten Punkt aus diesem Bericht. Es wird da angeführt, daß die deutsche Sozialdemokratie „immer mehr in das sozialrevolutionäre Fahrwasser gerathe", so daß schließlich zwischen den beiden angeblich neben einander existirenden Bewegungen „kein fundamentaler Unterschied mehr bestehe". Es wird weiter hinzugefügt, die Zahl der Anhänger der Most'schen Richtung sei „im Steigen begriffen". Sie werden mir gestatten, daß ich dieser Sache einige Worte der Erläuterung widme; denn sie wird immer und immer wiederholt. Ich will Ihnen zeigen, wie es sich mit dem angeblich vorhandenen oder nicht vorhandenen „fundamentalen Unterschied" verhält.

Meine Herren, ich bin weit entfernt, etwa Vorwürfe auf eine Richtung zu häufen, die allerdings nicht die meinige ist: diese Vorwürfe habe ich an anderer Stelle erhoben und bin bereit, sie an anderer Stelle wieder zu erheben; aber Ihnen hier dieses Schauspiel zu gewähren, dazu kann ich mich nicht entschließen.

Der Unterschied zwischen der Most'schen Richtung, der sogenannten „sozialrevolutionären", von der hier die Rede ist, der Richtung der „Freiheit", und der sozialdemokratischen Partei liegt einfach in folgendem: die genannte Richtung ist, um mich der herkömmlichen Parteibezeichnung zu bedienen, — nicht sozialistisch, sondern blanquistisch. Sie fußt auf dem alten jakobinischen Grundsatz, daß man im Stande sei, zu jeder Zeit Revolution zu machen, und es genüge, einige Hunderte oder Tausende von Leuten zu überzeugen, daß es nicht in der bisherigen Weise weiter gehen könne, daß man dann einen Gewaltstreich unternehme, um Paris und damit ganz Frankreich in die Hände zu bekommen 2c. Das ist ein alter, aber vorsozialistischer Grundsatz. Der Sozialismus, das sollten Sie aus den zahlreichen Reden, die von uns in diesem Hause gehalten sind, wissen, hat andere Ziele, er hält diese Taktik für eine verkehrte, und weiß, daß man die Revolution nicht machen kann, sondern daß thatsächlich der ganze Gesellschaftszustand dazu disponirt sein muß. Daß, wenn diese Disposition vorhanden ist, die Partei allerdings sich nicht regungslos verhalten, sondern die Revolution aufnehmen wird, ist wohl wahr. Aber die Revolutionen — das ist schon so und so oft gesagt — werden nicht gemacht, sondern machen sich selbst; das ist der Unterschied zwischen den beiden Richtungen. — — —

— — Nein, meine Herren, die deutsche Sozialdemokratie wird nicht sozialrevolutionärer, aber sie wird immer revolutionärer! Das ist eine Thatsache, und diese Thatsache ist lediglich und nothwendig durch das Ausnahmegesetz hervorgerufen worden. Ich will noch hinzufügen: Wenn Sie die Thatsache, daß die Partei trotzalledem ungebrochen dasteht, als Grund für Belagerungszustand und Sozialistengesetz anführen wollen, so sind Ursache und Wirkung noch nie in unerhörterer Weise verwechselt worden. Was ich jetzt sage und was jetzt ist, das ist eine Folge des Ausnahmegesetzes; und ich werde Sie darum fragen, ob Sie glauben, daß es in Ihrem Interesse gelegen ist, daß diese Folgen noch länger fortdauern und sich immer mehr steigern! Ja, wir sind revolutionärer geworden, freilich nicht in Bezug auf das Prinzip, denn dies ist ein absolut revolutionäres, das nicht minder oder mehr revolutionär gemacht werden kann; sondern in Bezug auf die anzuwendenden Mittel, die Taktik." — — —

— — Nun, meine Herren, zum Schluß!

(Unruhe.)

— Meine Herren, wir reden nur einmal im Jahr, und da muß es uns wohl gestattet werden, unseren Beschwerden entsprechenden Ausdruck zu geben. —

Das ist die Lage der Dinge: eine neue gesellschaftliche Ordnung ist im Werdeprozeß, im Geburtsprozeß; dieser Prozeß kann gehemmt werden, aber hindern können Sie ihn wahrlich nicht. Im Gegentheil! Je mehr er gehemmt wird, desto gewaltsamer wird der Ausbruch sein. Und da frage ich Sie: scheint es Ihnen wirklich in Ihrem Interesse zu liegen, diese Hemmung vorzunehmen, damit nothwendig, wie das B auf das A folgt, ein derartiger gewaltsamer Ausbruch eintritt? Die Antwort darauf geben Sie sich selbst.

Was aber uns Sozialdemokraten betrifft, so sage ich Ihnen: was auch kommen möge, man wird uns für alle Fälle bereit und auf dem Posten finden als die Vorkämpfer des unterdrückten und ausgebeuteten arbeitenden Volkes!

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 20. Dezember 1882.

— Der Belagerungszustand zum fünften Male vor dem deutschen Reichstage. Was wir in voriger Nummer vorhergesagt, ist eingetroffen: die sozialdemokratische Ecke hat kräftig dreingeschlagen, so kräftig, daß unsere Gegner gezwungen wurden, aus ihrer Reserve herauszutreten und Farbe zu bekennen. Und das ist fast das Einzige, was wir in diesem Reichstag erreichen können.

Die Debatte eröffnete Genosse Vollmar, der in ausführlicher Rede die famosen „Denkschriften" mit ihren inneren Widersprüchen zerzauste, den Nachweis liefernd, wie das Ausnahmegesetz bis jetzt in keiner Weise den an dasselbe geknüpften Hoffnungen entsprochen habe und auch nicht entsprechen werde, und mit der Erklärung schloß, daß wir nun und nimmer von unserem Kampfe zur Befreiung des Proletariats ablassen werden.

Wenn wir frei und offen unser Urtheil über Vollmar's Rede abgeben sollen, so müssen wir sagen, daß sie bis auf einen Punkt unseren vollen und ungetheilten Beifall findet. Dieser eine Punkt betrifft die Kritik der schreienden Handhabung des Sozialistengesetzes, die Behandlung unseres Anklagematerials. Hier war nach unserer Ansicht trotz aller gemachten Erfahrungen ein lebhafterer Appell an das Rechtsgefühl geboten. Denn so wenig wir auch in diesem Punkte von unsern Gegnern erwarten, so müssen wir doch immer wieder den Rechtsstandpunkt hervorheben, gerade weil er die schwache Seite unserer Gegner ist. Lassen wir ihn fallen, und wenden wir uns nur an den kühlen Verstand, an das nackte Interesse, so verlieren unsere Reden die Sprache der Leidenschaft, welche der Partei der politisch und und sozial Unterdrückten geziemt. Und so macht, allerdings bei der Lektüre, dieser Theil der Vollmar'schen Rede einen kühlen, geschäftsmäßigen Eindruck.

Um so glänzender ist der übrige, im eigentlichen Sinne politische Inhalt derselben, und bedauern wir nur, daß wir selbst diesen nur bruchstückweise wiedergeben können. Kühn, ohne provokatorisch zu sein, entwickelte Vollmar mit unerbittlicher Logik den revolutionären Standpunkt unserer Partei, mit stolzem Hohn rief er den Gegnern zu: Wir sind die Sieger und ihr die Besiegten! Und wenn die reaktionäre Presse diesmal auf Vollmar's Rede schimpft und sie nicht so „bedeutend" findet, als die Monopolrede, so ist das nur der Verdruß darüber, daß Vollmar keine Redekunststückchen verübte, sondern wieder die „einzige sozialdemokratische Rede", das ceterum censeo unserer Partei hören ließ.

Schwach und dürftig war Puttkamers Antwort. Um doch einigen Eindruck zu erzielen, verlas er wieder einige angebliche Kraftstellen aus „Freiheit" und „Sozialdemokrat", fiel aber jämmerlich damit ab. Es machte einen überaus komischen Eindruck, wie Puttkamer beim Verlesen eines weder durch die Neuheit noch durch die Kühnheit seiner Gedanken hervorragenden Artikels über Ehe und Familie, sich, als Alles kühl blieb, von Zeit zu Zeit mit den Worten unterbrach: „jetzt aber kommt

---

Feuilleton.

Zur Erinnerung.

Da die junge Generation nicht weiß und die alte es leider vergessen hat, wie die preußische Armee unter dem Kommando des Prinzen von Preußen (jetzigen Kaisers von Deutschland) 1849 in Baden hauste und für den Gedanken der „deutschen Einheit und Freiheit", welcher nach der neuesten Geschichtsschreibung den Prinzen von Preußen schon damals beseelt haben soll, praktische Propaganda machte, so wollen wir nachfolgend aus dem Tagebuche eines konservativen badischen Regierungsbeamten aus jener Zeit einige Auszüge bringen.*) Bemerkt sei noch zur Orientirung, daß die badisch-pfälzische Armee im Jahr 1849 offiziell für die, von den deutschen Fürsten nicht anerkannte, vollkommen zu Recht bestehende Reichsverfassung kämpfte und, wie die seit 1871 tausendmal gehörte Phrase lautet, das erstrebten, was sich durch die Gründung des deutschen Reiches, mit dem Prinzen von Preußen als Kaiser, „so herrlich erfüllt hat".

Wir geben die Auszüge in der Reihenfolge, wie die Stellen sich im Tagebuch finden.

Standrechtliche Erschießung Biedenfeld's. Biedenfeld, pensionirter badischer Major, hatte sich dem Aufstande angeschlossen, das dritte Infanterie-Regiment mit Auszeichnung kommandirt und auch während der Belagerung von Rastatt ebensoviel Muth wie Umsicht bewiesen. Er wurde vom Standgericht zum Tode verurtheilt.

Und nun lassen wir unseren Gewährsmann reden:

„Vom preußischen Kriegsgericht zum Tode verurtheilt, hatte er mit männlicher Ergebung zu demselben sich vorbereitet. Früh 3 Uhr besuchte ihn noch der Seelsorger seines Bekenntnisses. Unter Gesprächen, wie der Ernst der Stunde sie erforderte, brachte er die Stunde bis Sonnenaufgang (wo er erschossen werden sollte) in seinem Gefängnisse zu, dann im Hof der Bastion XXX, wo dasselbe sich befand. Immer zögert der Todesbote; endlich wird dem Verurtheilten gesagt, die Hinrichtung sei aufgeschoben. Wie man damals sich erzählte, war dieser räthselhafte Vorgang durch ein Schreiben des Generals von der Gröben an den Gouverneur von Holleben veranlaßt worden. Auf Bitte der angesehensten Rastatter Einwohner hatte der General sich bewegen lassen, ein Begnadigungsgesuch an den Prinzen von Preußen einzubegleiten, — welches dieser freilich, als nicht in seine Kompetenz gehörig (!) zurückwies. Die dadurch bewirkte Verzögerung aber kam, nach dem Buchstaben des Gesetzes, einer Begnadigung gleich, denn das Gesetz verordnete, in 24 Stunden müsse das standrechtliche Urtheil vollzogen sein. Deswegen verlangte nach Ablauf der gesetzlichen Zeit der Vertheidiger, Anwalt Strauß, seinen Schützling aus den Händen der standrechtlichen Behörde heraus, und da diese damals der höchste Gerichtshof in Baden war, so entstund sogar die Frage, ob Biedenfeld denn nur auch noch vor ein anderes Gericht gestellt werden könnte. Die Sache machte ungeheures Aufsehen. Das Standgericht, die standgerichtliche Untersuchungskommission wollten über diese Mißachtung ihrer Stellung und Gewalt sich auflösen. Vom Kriegsministerium in Karlsruhe kam, vielleicht im Hinblick auf das Verdrießliche (!) dieses Zwischenfalls (!), statt einer Begnadigung die Anfrage, warum denn die Hinrichtung nicht schon vollzogen sei? Da erscheint des zweiten Morgens der zu diesem Geschäft befohlene Geistliche vor Biedenfeld's Bette, ihn auf die sofort angeordnete Exekution vorzubereiten. Damals ist das Herz des Soldaten gebrochen, der früher so oft dem Tode durch die Kugel, seine kurze Pfeife rauchend, mit Gleichmuth entgegensah. „Das ist hart", sagte er, und Thränen rannen ihm über die Wangen. Wer wollte bei so widerstreitenden Erschütterungen diese Thränen auch dem Muthigsten verargen?

Dennoch hat er sich bald gefaßt und zeigte im ernsten letzten Augenblicke dieselbe Unerschrockenheit, die ihn im Leben ausgezeichnet hatte."

Wohlgemerkt, der dies erzählt, ist ein Gegner der Sache, für welche Biedenfeld gekämpft hat und gestorben ist. Und ein Mann, der in seiner Eigenschaft als Beamter über Alles unterrichtet war.

Eines Kommentars bedarf die Erzählung nicht. Erwähnt sei nur, daß der Prinz von Preußen die höchste Stellung in der preußischen Armee einnahm, daß das Begnadigungsrecht zwar eigentlich seinem Bruder, dem König, zustand, von diesem aber ausdrücklich für die Standrechtssachen an die obersten Militärbehörden in Baden übertragen worden war, und endlich, daß die badischen Militärbehörden in absolutester Abhängigkeit von den preußischen waren.

Muiewsky, einer der polnischen Offiziere bei der badisch-pfälzischen Armee, wurde nach dem Uebergang über den Rhein auf den, wie jetzt zweifellos feststeht, völlig unbegründeten Verdacht des Verrathes hin von den badischen Truppen festgenommen und zu Karlsruhe in Haft gehalten. Dort vergaß man ihn beim Rückzuge.

„Vergebens bat Muiewsky, als die Preußen sich bei Durlach schlugen, als ihre Signalhörner in der Stadt ertönten, den ihn bewachenden Offizier der Bürgerwehr um Freilassung. „Er sei im Wachtbuche eingetragen und müsse bei der Ablösung übergeben werden" — war die trostlose Antwort, die er erhielt — „Alors je suis perdu" (dann bin ich verloren) seine Entgegnung.

„Nach der Uebergabe von Rastatt wurde er dorthin abgeliefert und das standrechtliche Verfahren gegen ihn bald nach der Hinrichtung Biedenfeld's eröffnet. Da er des Deutschen nicht kundig war, diente Bankier J. S. Mayer dem Gerichte als Dolmetscher. Ueber den Ausgang des Verfahrens konnte um so weniger Zweifel sein, als das Gericht den einzigen polnischen Führer vor sich hatte, welchen der Zufall in seine Hände geliefert. Er wurde zum Tode verurtheilt. Ohne durch ein Zucken seiner Miene zu verrathen, was in ihm vorging, verneigte er sich mit Anstand dankend gegen Major Wild, der den Spruch des Gerichtes verkündete, und gegen die Richter. Erst als der katholische Stadtpfarrer Buchdunger mit Bankier Mayer ihn besuchte, hatte verzweiflungsvoller Schmerz ihn übermannt. Er beklagte sich über die Willkür, welche seinen Lebensfaden abschneide, blos weil er ein Pole sei. „Ma pauvre patrie, c'est mon seul délit, la cause de ma mort!" (Mein armes Vaterland, das ist mein einziges Verbrechen, die Ursache meines Todes!) rief er aus und drückte die Spur seiner Zähne in einer Medaille der Madonna ein, die er an sich trug. Doch auf die Vorstellung des Geistlichen, daß dies die Gesinnung nicht sei, mit welcher ein Christ aus dem Leben scheide, beruhigte er sich. Er verzieh seinen Richtern und bereitete sich auf den letzten Gang vor. Das Anerbieten eines französischen Andachtsbuches, welches die Scheidenden ihm machten, lehnte er ab. „Er wolle mit Gott in seiner Muttersprache reden, in welcher er beten gelernt habe."

„Noch des gleichen Abends war die Hinrichtung, damit — es war Samstag — das Blutwerk nicht auf den Tag des Herrn falle. Die Sonne neigte sich zum Untergange, als er mit seiner Begleitung der Poterne nahte, durch welche die Verurtheilten in den trockenen Graben geführt wurden, wo man das Urtheil zu vollstrecken pflegte. Die Tageszeit hatte eine Menge Zuschauer, theils gegen Eintrittskarten in den Graben selbst, theils auf die Wälle gelockt,

---

*) Es ist das um so mehr am Platze, als man neuerdings auf reaktionärer Seite wieder eifrigst bemüht ist, die Revolution von 1848 mit niederträchtigen Verleumdungen zu überschütten. Ganz besonders zeichnet sich ein Vertreter der „christlichen Liebe", Gustav Schlosser aus, der in der Sonntagsbeilage des „Reichsboten" seinen Geifer ablagert.

Anmerkung der Redaktion.

erst das Fürchterliche" und das Fürchterliche trotzdem nicht kommen wollte. Ebenso verunglückte die Verlesung eines Artikels „Von Gottesgnaden" aus dem „Sozialdemokrat". Das wirklich „Fürchterliche", nämlich den Nachweis, welch' saubere Vorfahren die Herren von „Gottes Gnaden" haben, ließ er aus Decenz (Schamgefühl) und Ehrerbietung fort, und so blieben nur einige, allerdings nicht zartfühlende Schlußbetrachtungen übrig, die zwar einigen Pfaffen und pommerschen Junkern großes Entsetzen verursachten, aber auch nur diesen. Puttkamer's Geständniß, daß ihm die Sozialrevolutionäre „eigentlich noch lieber wären" als wir, wurde mit Recht sofort von unseren Genossen festgenagelt. Wiederholt behauptete der Herr Minister, daß diese Fraktion „kühner" sei als unsere Partei und großen Anhang in Deutschland habe, blieb aber für das eine wie für das andere hartnäckig den Beweis schuldig.

Uebrigens können wir nicht umhin, unserer Befriedigung über die schlagfertigen Unterbrechungen Ausdruck zu geben, mit welchen unsere Genossen Herrn Puttkamer auf den Sand setzten.

Im Ganzen gibt die Puttkamer'sche Rede mit ihren Zitaten eine so vorzügliche Agitationsschrift für uns, daß wir, und zwar allen Ernstes, den Vorschlag machen, sie ganz selbständig als Flugblatt herauszugeben. Die Rede des Staatsministers von Puttkamer zu verbieten, dazu wird die deutsche Polizei schwerlich je den Muth haben.

Nach Puttkamer sprach Nostitz-Wallwitz, womöglich noch dürftiger als jener. Er versuchte es, die Vollmar'schen Ausführungen durch freches Ableugnen zu entkräften, was ihm aber sehr schlecht bekam.

Recht energisch trat der Demokrat Köhl für unsern Antrag ein, der dahin ging, der Reichstag solle erklären, daß er die angeführten Gründe nicht für ausreichend halte, die Verlängerung des kleinen Belagerungszustandes zu rechtfertigen.

Nach Köhl's Rede wollten die Herren von der Rechten Schluß der Debatte herbeiführen, unsere Leute drohten aber mit Auszählung, um die Beschlußunfähigkeit des Reichstags zu konstatiren, und so wurde die Debatte vertagt.

Am nächsten Tage eröffnete der Fortschrittler Hänel den Reigen. Er bekämpfte natürlich das Ausnahmegesetz, aber nicht ohne zwischen den Zeilen seine Verschärfung der Strafgesetze anzubieten, womit er bei Puttkamer, der ihm sofort antwortete, keine Gegenliebe fand.

Weit energischer als Hänel trat der Fraktionsgenosse desselben, Herr Dr Wendt, ein Hamburger Lehrer, gegen Puttkamer ein. Er hatte den Muth, sich offen als Republikaner zu bekennen — wofür er nachher von Stöcker denunzirt, von Eugen Richter, der sofort mit Hänel konferirte, desavouirt wurde, ein Beweis, wie wenig prinzipiell der Kampf zwischen diesen beiden Fortschrittshelden ist.

Am meisten interessirt uns aus Dr. Wendt's Rede die Betonung der Thatsache, daß der Hamburgische Senat „nur mit großem Widerstreben" sich von Preußen hat herumkriegen lassen, den Kleinen zu verhängen, und daß die Motive zur Verlängerung auch diesmal „nicht etwa von einem Hamburger Vertreter unterzeichnet" sind, sondern daß „der preußische Vertreter in bundesfreundlicher (!) und nachbarlicher Gesinnung auch die Motive für die Anordnungen des Hamburger Staats gleichzeitig mit vorlegte."*)

Die Krone der Erbärmlichkeit erwarb sich der polnische Junker von Czarlinski, der auf die Bemerkung Vollmar's bezüglich der polnischen Sozialisten mit der charakteristischen Erklärung antwortete, daß seine Landsleute alle sozialistische Flugschriften ꝛc. sofort der Polizei ausliefern, überhaupt jede sozialistische Regung sofort denunziren, und daß der Begriff „Pole und Sozialist" Unsinn sei, denn die „beispiellose Vaterlandsliebe und das unerschütterliche Festhalten am Glauben ihrer Väter" bewahre seine Landsleute vor solchen „Verirrungen".

Sehr richtig antwortete ihm Grillenberger, der nach ihm zum Wort kam, daß diese Art Patriotismus spezielles Privilegium der polnischen Aristokratie sei, nicht aber des polnischen Volkes. Dann aber wandte sich Grillenberger gegen Puttkamer, und wir können nicht umhin, den Wunsch auszusprechen, daß dem Herrn Minister immer so trefflich gedient werde, wie es von Seiten unseres Genossen geschah. Das war die kernige leidenschaftliche Sprache eines echten Vertreters der Arbeit. So unverblümt ist noch selten im Reichstag den Herren die Wahrheit gesagt worden. Wir werden in nächster Nummer auch einen Auszug aus dieser Rede bringen, für heute wollen wir nur noch unserer Genugthuung Ausdruck geben, daß Grillenberger auf die heuchlerische Entrüstung wegen der sozialistischen Ansichten von Ehe und Familie mit dem Hinweis auf Bismarck's Söhnchen Herbert und Alexander den Zweiten und dessen noch lebende Kollegen einen so derben Trumpf gesetzt hat, daß den Herren die Lust vergehen dürfte, dieses Thema so bald noch einmal zu berühren.

Puttkamer, dem Grillenberger nachgewiesen hatte, daß er das Wydener Fest nach dem Bericht des Spitzel Schmidt geschildert, zog sich mit der lahmen Erklärung aus der Affäre, daß er nach dem, was Grillenberger und Vollmar im Reichstage erklärt, die Verlesung der in Wyden gehaltenen Reden überhaupt für unnöthig halte. Und Herr Nostitz-Wallwitz wußte sich aus der Enge, in die ihn Grillenberger gejagt, nicht anders herauszuhelfen, als mit der noch lahmeren Erklärung, daß „er sich nicht verpflichtet halte, mit Revolutionären zu diskutiren."

Nun schoß der Ultramontane Windthorst mit „tiefer Betrübniß" gegen unsere Genossen los, und es machte einen überaus komischen Eindruck, wie die kleine Exzellenz dramatisch wurde und die Revolution mit dem Schwert niederzuschlagen drohte. Nebenbei diente ihm seine Entrüstung als vortreffliche Draperie für die gewundene Motivirung der Ablehnung unseres Antrages.

Daß der christlich-soziale Liebesapostel Stöcker für das Sozialistengesetz mit allen seinen Härten, ja womöglich für eine Verschärfung desselben eine Lanze einlegte, wird Niemand Wunder nehmen, der diesen heuchlerischen Patron kennt. Es fehlten natürlich nicht die übrigen Phrasen des Hofpredigers auf Reisen: Verherrlichung der Kaiserbotschaft, Denunziationen und dergleichen. Nebenbei hatte Herr Stöcker die Frechheit, unsern Leuten den Vorwurf zu machen, warum sie ihm nicht in den öffentlichen Versammlungen entgegentreten.

Der Sezessionist Schröder erklärte Namens seiner Freunde, daß sie sich gleichfalls aus staatsrechtlichen Gründen um die Abstimmung über den Antrag unserer Genossen herumdrücken werden.

Und zu guter Letzt desavouirte Eugen Richter seinen Kollegen Wendt wegen dessen Bekenntniß zur Republik und polemisirte dann in bekannter Weise gegen Stöcker.

Nach einer Reihe von persönlichen Bemerkungen erfolgte darauf die Abstimmung, in der für den Antrag unserer Genossen nur die Fortschrittspartei, die Volkspartei, sowie die Zentrumsmitglieder Stöhel und Freiherr von Fürth stimmten.

Das ist trotz der Reden von Windthorst, Schröder ꝛc. bereits ein Vorzeichen für die Aussichten auf Verlängerung des Sozialistengesetzes.

Die Sozialdemokratie kann mit dem Verlauf der Debatte nur zufrieden sein. Durch die offene und rückhaltlose Sprache unserer Genossen sind die Gegner gezwungen worden, Farbe zu bekennen. Wenn die Herren glauben, ihre Feigheit mit dem Hinweis auf die Erklärung, daß wir eine Revolutionspartei seien, bemänteln zu können, so täuschen sie sich. Diese Erklärung ist nicht erst von heute und entschuldigt in keiner Weise die gegen uns angewendeten Unterdrückungsmaßregeln, denn noch führen wir den Kampf auf geistigem Gebiete. Mögen sie indeß thun, was sie nicht lassen können, sie werden uns nicht abhalten, unablässig und mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu kämpfen, bis der Sieg unserer großen Sache errungen ist. Und daß wir siegen werden und siegen müssen, diesem stolzen Bewußtsein haben Vollmar wie Grillenberger in ihren Reden Ausdruck gegeben, die ihre Wirkung da nicht verfehlen werden, wo das entscheidende Wort gesprochen werden wird: beim Volke.

*) Senator Kuhnhardt hat also in dem Terzett nicht mitgesungen.

— Reptiliengeflunker. Vor wenigen Tagen veröffentlichte das Oberreptil vom Rhein, die „Kölnische Zeitung", einen großen Reklameartikel über Bismarck's geniale auswärtige Politik, deren Genialität bestehen soll in der Bewerkstelligung des — deutsch-österreichischen Schutz- und Trutzbündnisses. Nun fragen wir jeden Menschen, mit welchem Großstaat Deutschland unter Bismarck heute überhaupt noch ein Bündniß eingehen kann, und ob ein solches Schutz- und Trutzbündniß mit dem verrottetsten, lebensunfähigsten derselben, mit Oesterreich, das jeden Augenblick aus dem Leime zu gehen droht, gerade ein so großes Glück für Deutschland ist! Dabei hat Bismarck selbst dafür gesorgt, daß Oesterreich immer mehr zu einer slavischen Großmacht wird, früher oder später also nothwendig mit Rußland karamboliren muß. Und richtig, kaum ist die Reklame vom Stapel gelassen, so schreit auch gleich hinterher der offiziöse Chor über die bedrohlichen Rüstungen Rußlands, welches vollständig von deutschfeindlichen Elementen beherrscht werde, und bereitet den deutschen Michel vor auf weitere Mehrforderungen für das Militär. Alles das, nachdem Wilhelm vor wenigen Wochen dem preußischen Landtag kundgethan, daß „der Friede auf Jahre hinaus gesichert sei".

An einem Kaiserwort soll man allerdings, wie Herr Stöcker neulich im Reichstag kalauerte, „nicht drehen, noch deuteln" — am besten thut man nämlich, wenn man es mit schwarzer Kohle in den Rauchfang schreibt — und wollen wir daher den 86jährigen „Lenker Deutschlands" seinen Ohnmachtsanfällen überlassen, uns interessirt weit mehr Bismarck's nervöser „Zahnschmerz", tic douloureux genannt. Wir glauben es wohl, daß der „große Staatsmann" von argen Zahnschmerzen geplagt wird, denn seine „geniale Politik" ist auf dem Punkte, schmählich bankerott zu machen. Alles, was freiheitlich denkt in Europa, hat der Mann, der die Rechte der Völker mit Füßen tritt, gegen sich, wo aber sind seine Freunde? Nirgends! Und was Bismarck gesündigt, muß das deutsche Volk ausbaden.

Der Absolutismus, ob mit oder ohne konstitutionelles Feigenblatt, mit dem Bismarck und seine Helfershelfer Deutschland heimgesucht, ist die beständige Kriegsgefahr, nur die Demokratie, nur die Republik, die in Deutschland eine soziale sein muß, ist der Friede.

Darum nieder mit dem Monarchismus, es lebe die Republik!

— Ein allerliebstes Weihnachtsgeschenk haben verschiedene konservative und ultramontane „Arbeiterfreunde" dem deutschen Arbeiterstande zugedacht, nämlich die definitive Einführung obligatorischer Arbeitsbücher. In der Gewerbeordnungskommission des Reichstages ist ein dahingehender Antrag mit 11 gegen 8 Stimmen angenommen worden, mit dem Hinweis, es seien zwar Petitionen für Einführung der Arbeitsbücher, aber keine dagegen eingegangen. Als ob es üblich wäre, Petitionen zur Erhaltung eines Zustandes abzufassen, ehe ein bestimmter Versuch zur Beseitigung desselben vorliegt.

Die Herren berufen sich darauf, daß das obligatorische Arbeitsbuch auch in Frankreich noch bestehe, vergessen aber, hinzuzufügen, daß noch auf jedem französischen Arbeiterkongreß, ob sozialistisch oder nicht, die Abschaffung des Arbeitsbuches gefordert wurde. Das Minimumprogramm nennt es treffend „La mise en carte du prolétariat" (Unterwerfung des Proletariats unter die Sittenkontrole der Prostituirten.). Und als solche würde sie von den deutschen Arbeitern mit Recht empfunden werden. Wenn die Herren „christlichen Sozialreformer" sich stark genug fühlen, der gesammten Arbeiterklasse diesen Schlag in's Gesicht zu versetzen, dann mögen sie ihn führen. Er wird ihnen mit Zins und Zinseszinsen zurückbezahlt werden.

Einstweilen dürfte es zweckmäßig sein, wo immer nur möglich Protestversammlungen abzuhalten.

— Armuth eine Schande. Aus Heidenheim bringt die „Neckarzeitung" vom 23. November folgende Korrespondenz:

„Diesen Morgen fand man die Leiche eines 45-jährigen armen Tagelöhners von hier in der Brenz. Er zog den Tod seinem kümmerlichen Leben vor. Als seine Frau gestern Abend von der Fabrikarbeit heimkehrte, hatte er sich schon entfernt, und auf dem Tische stand, mit Kreide von seiner Hand geschrieben, welchen Entschluß er gefaßt habe. Trotz seiner Armuth genoß der Unglückliche doch (!) einen guten Ruf und wird daher recht bedauert."

Es kommen ja fast tagtäglich solche erschütternde Tragödien, von denen die Armen meist nur in nächster Nähe erfahren, in den Leibblättern der Satten zu Tage, wo sie zum Frühstück genossen werden mit und ohne „Bedauern", aber bezeichnend ist doch für das Blatt, welches dem volksparteilichen Eunuchen Härle für Landtag und Reichstag Stimmen wirbt, dieses „doch", das es an den Ruf des armen Opfers heftet! Ja, die reichen Kanaillen haben natürlich einen „guten Ruf", der redliche Arme hat ihn (diesmal) dennoch — trotz seiner redlichen Armuth!

— Auch nicht übel. An und für sich bietet aber kein Geheimbund eine Gefahr für den Staat, wenn nicht die innere Lage den Zündstoff aufgehäuft hat, den ein äußerer Anlaß in Flammen setzen kann."

Also zu lesen im — konservativen „Reichsboten" vom 13. Dezember 1882. Freilich in einem Artikel aus und über — Frankreich; auf Deutschland einen so vernünftigen Satz anwendbar zu finden, würde Verfasser wie Redaktion mit Entsetzen verweigern. Aber da sieht man, wie die republikanische Luft selbst ein altpreußisch-konservatives Gemüth verderben kann.

— Spottet ihrer selbst und weiß nicht, wie!" — nämlich die fortschrittliche Berliner „Volkszeitung", die in ihrem Leitartikel vom 14. Dezember folgenden Satz zum Besten gibt:

„Nicht die wahren Vertreter des Volkes sind die Steuer- und Zollverehrer, sondern die Parteien, welche einen Triumph darin finden, Gelder bewilligen zu dürfen, und die Einbildung hegen, ein Großes zu leisten, wenn sie nöthigenfalls auch ein Weniges versagen."

Und auf wen trifft dieser ironisch gemeinte Satz besser zu als auf Herrn Eugen Richter und seinen fortschrittlichen, budgetbewilligenden Anhang?

— Rechtflegelhaft benahm sich in der Debatte über die Verlängerung des Sozialistengesetzes der ultramontane Witzmacher Schorlemer-Alst. Dieser westphälische Junker, der sich den Bauernvater nennen läßt, fiel ohne jede Provokation in einer persönlichen Bemerkung wie ein Besessener über den Fortschrittler Wendt her, weil derselbe es gewagt hatte, sich als prinzipiellen Anhänger der Republik zu bekennen. In der That, sehr charakteristisch diese klerikalen Helden der Gewissensfreiheit, daß sie aus dem Bekenntniß einer Ueberzeugung sich das Recht anmaßen, jemanden als einen Aussätzigen zu behandeln.

— Daß Liebknecht den Sitzungen des Reichstages bisher nicht beiwohnen konnte, geht doch nicht so ganz mit richtigen Dingen zu, wie in preußischen und sächsischen Regierungsblättern versichert wird. Die Sache hat ihren Haken. Liebknecht, der mehrmals verurtheilt ist, gegen den aber Ende September noch kein Urtheil rechtskräftig war, — die Urtheile schwebten noch beim Reichsgericht, in dem einen Falle hat der Reichstag das Verfahren eingestellt — wünschte aus begreiflichen Gründen die Strafen getrennt abzusitzen. Da er nun aber jedenfalls den Reichstagssitzungen von Anfang an beiwohnen wollte und aus seiner bisherigen Praxis wußte, daß, wenn mehrere aus gleichzeitigen Prozessen erwachsene Gefängnißstrafen vorliegen, ein sogenanntes Nachtragserkenntniß (Gesammtstrafe) erfolgen muß, und daß vor dessen Erlaß keine der Strafen ganz abgesessen werden darf, so wandte er sich, nach Rücksprache mit seinem Rechtsanwalt, an den zuständigen Staatsanwalt des Leipziger Landgerichts mit der Anfrage: ob, falls er (Liebknecht) auf die gegen das Leipziger Erkenntniß (2 Monate) eingelegte Revision beim Reichsgericht verzichte und Mitte Oktober die Strafe antrete, am 29. November, also am Tage vor Beginn der Reichstagssitzungen, seine vorläufige Entlassung erfolgen und er dann bis zur Erledigung des durch den Reichstag sistirten Prozesses auf freiem Fuß bleiben werde. Dies wurde von dem Staatsanwalt unbedingt bejaht. Daraufhin zog Liebknecht die Revision gegen das Leipziger Urtheil zurück und trat am 17. Oktober seine Strafe an.

Letztere grüßte Muiewsky mit der Mütze und den Worten: „Adieu mes amis!" (Lebt wohl, meine Freunde!) und stürzte sodann in den Graben hinab, wo er auf das Ersuchen des Offiziers, der die Hinrichtung befehligte, sich die Augen verband, sodann, auf französische Weise knieend, die tödtlichen Kugeln erwartete, nachdem er sich das Hemd über der Brust zurückgeschlagen hatte.

„Nach wenigen Minuten trugen die Todtengräber auf offener Bahre seinen Leichnam in das neben Tiedemann (den ebenfalls erschossenen Kommandanten von Rastatt) bereitete Grab."

Muiewsky hatte Recht — sein Vaterland war sein einziges Verbrechen. Er hatte keinen Fahneneid gebrochen, nichts gethan, was einen juristischen Grund oder Vorwand für seine Standrechtung bot. Er war Pole und hatte für die Freiheit gekämpft — das war genug, ihn zu erschießen!

Das Schicksal dieses Mannes, der in ein fremdes Land ging, um der Sache der Revolution zu dienen, als Fremdling das Mißtrauen seiner eigenen Kameraden erregt, als freundloser Fremdling auf der Flucht vergessen und dem Feind in die Hände gespielt wird, der ihn als Fremdling erschießt — erregt in besonderem Grade unser Mitgefühl. Er ist gestorben wie ein Held — die „Verzweiflung", von der in obigem Bericht die Rede ist, war wie bei Biedenfeld der Ausdruck rein menschlicher Empfindung. Der Abschied, den er, der Fremdling, von den Fremden in fremder Sprache nahm, ehe er die Brust den mörderischen Standrechtskugeln darbot, hat etwas naiv Erhabenes, und die Abschiedsworte, dieses herzliche Adieu mes amis! gerade als gelte es einen Spaziergang, statt den Todesgang, sind in ihrer Einfachheit großartig.

Für das Blut des braven Muiewsky, der dem thörichten Mißtrauen deutscher Revolutionskämpfer zum Opfer gefallen, sind wir den Polen noch Sühne schuldig. —

Erschießung von Gefangenen. „Heute, am 30. Juli, wurden Volkswehren aus dem Amte Kork, die von den preußischen Ulanen bei Iffezheim überfallen wurden, auf rathloser Flucht nach dem Rhein niedergemacht oder nach weggeworfenen Waffen um Schonung flehend, durch die Soldaten der 12. Kompagnie des 24. Regimentes im Walde (bei Rastatt) erschossen!"

Tiedemann's Standrechtung. Tiedemann, Gouverneur von Rastatt während der Belagerung, wurde von dem elenden Corvin (der sich für das wohlverdiente Mißtrauen und die ebenso gerechtfertigte Verachtung seines Vorgesetzten und seiner Kameraden durch witzig sein sollende, aber nur des Verfassers Erbärmlichkeit wiederspiegelnde Pasquille zu rächen versucht hat) auf das Nichtswürdigste karrikirt. Und leider ist dem großen Publikum nur die Karrikatur bekannt. Um die ganze Nichtswürdigkeit der Corvin'schen Handlungsweise zu begreifen, muß man sich vergegenwärtigen, daß dieser Mensch, wenn er Rastatt nicht direkt an die Preußen verrathen und verkauft, doch sich jedenfalls eines indirekten und bewußten Verrathes schuldig gemacht hat, indem er die Uebergabe der Festung unter Umständen erwirkte, die für ihn selbst vortheilhaft, für seine Kameraden aber verderblich waren, und an seiner Verlogenheit und Charakterlosigkeit keinen Zweifel lassen. Wir werden vielleicht noch Gelegenheit haben, uns mit diesem Herrn zu beschäftigen.

Genug, Tiedemann, den der Glücksritter Corvin (ein in's Pseudo-Demokratische übersetzter Lichnowski-Schnapphanski), nicht zufrieden, ihn dem Standrecht überliefert zu haben, auch noch der Lächerlichkeit zu überliefern versucht hat, war ein Ehrenmann vom Scheitel bis zur Sohle, tapfer, ritterlich, eine merkwürdige Mischung von mittelalterlicher Romantik und antiker Seelengröße.

Unser Gewährsmann — ein Konservativer, was man nie zu vergessen — schreibt über ihn:

„Tiedemann war früher badischer Dragoneroffizier gewesen, hatte aber den Abschied genommen und war in griechische Dienste getreten. Er verheirathete sich mit einer Eingeborenen, die ihm einen Sohn, Demetrius, geboren hat. Die Entlassung der Ausländer aus dem griechischen Heere wies ihn auf den mäßigen Ertrag des Vermögens seiner Frau und der Schwiegereltern an. Im Frühjahre 1849 machte er, mit Zurücklassung seiner Familie, eine Reise und kam gerade beim Ausbruch der badischen Revolution in Deutschland an. Er folgte dem Rufe der provisorischen Regierung, die Offiziere für ihre Armee suchte. Schon in seiner Jugend hatte er sich als Polterer — nicht als Poltron — und gesättigt von romanhaften Ideen gezeigt; so habe ich ihn auch in den letzten Tagen seines Lebens wieder gefunden. Aus diesem Gesichtspunkt läßt sich sein wunderliches Gebahren bei der Armee, sein Streben nach hervorragender Stellung richtig erklären, sowie seine für Rastatt so unheilvolle Freude und Zähigkeit im Festhalten, als er endlich diejenige Stellung erlangt hatte, deren Ziel und Ende — der Tod im Festungsgraben war. Sonst hat er überall persönlichen Muth gezeigt. Beim ersten Bombardement hatte ich Gelegenheit, seine Unerschrockenheit zu beobachten; über sein Benehmen beim Ausfall meldet Corvin, von dessen Feder man gewiß kein schmeichelndes Bild erwarten darf, ein Gleiches. Seine Heftigkeit hat in Rastatt kein gutes Andenken hinterlassen (bei den Philistern!); seine Gutmüthigkeit habe ich mehr als einmal zu erproben Gelegenheit gehabt. Es kam mir vor, als sei er manchmal nicht ohne Ahnung seines nahen Endes gewesen, wiewohl er am Tage der Uebergabe noch darüber scherzte. Im Gefängnisse, wo er freilich bessere Behandlung hatte als viele seiner Gefährten, vor dem Standgerichte, bei der Vertheidigung, nach der Verkündigung des Todesurtheils benahm er sich gefaßter, als man ihn vielleicht je im Leben gesehen. Die Aussage eines Gefangenen, daß Tiedemann irgendwo eine beträchtliche Geldsumme verborgen habe, verschaffte mir Gelegenheit, seine letzten Schreiben zu lesen. Sie waren neugriechisch verfaßt und wurden mir vom Gouvernement zur Uebersetzung mitgetheilt. Sie waren mit fester Hand und fließender Schrift geschrieben; nur auf einem, auf dem an seine Frau, war die Spur einer herabgefallenen Thräne sichtbar. In dem einen, an den Archimandriten von Athen, ersuchte er diesen Seelsorger, sein armes Weib, sein Kind auf die Nachricht vorzubereiten, die er, mit seinem Troste, ihnen mittheilen möge, und die Dulderin in den Schooß der himmlischen Vorsehung zu empfehlen.

„Der Brief an seine Frau lautete also:

„„Mein geliebtes Weib! Mit bitteren Thränen gebe ich Dir Nachricht vom Ende meines Lebens, denn morgen früh um die vierte Stunde werden die Preußen mich zum Tode bringen. Erwünscht ist mir der Friede. Ich bitte Dich um Verzeihung für Alles, wodurch ich Dich vielleicht beleidigt hätte; und als gute Christin wirst Du mir wohl Verzeihung gewähren. Besser, wenn Du nicht allzusehr um mich leidest. Als edler Mensch (kalos anthropos) wirst Du auch das Herbe tragen, Vielduldende, für unser Kind. Meine Eltern werden mein Erbtheil meinem geliebten Demetrius aushändigen. Armes Weib, vielduldende Gefährtin! Der allmächtige Gott möge Dich heil bewahren. In der anderen Welt sehe ich Dich wieder. Ich umarme Dich im Geiste."

„Es ist meine Sache nicht, die Urtheile jener Tage abzuwägen oder mit ihnen zu rechten; das aber glaube ich sagen zu dürfen, nachdem das Grab, das allversöhnende, sich über Tiedemann's Gebeinen geschlossen hat, daß ich trotz aller Auswüchse seinen Charakter für einen der besseren erkannte, die in der letzteren Periode des Aufstandes sich der Betrachtung darboten." — —

Man muß die Parteistellung des Mannes, der dieses Urtheil fällt, in's Auge fassen. Und was unser Urtheil betrifft, so wird es sich bei Tiedemann so wenig wie bei einem Lincoln an dem durch Erziehung und Umgebung erzeugten Makel der Christlichkeit stoßen.

(Fortsetzung folgt.)

Als er ein paar Wochen gesessen hatte, wurde ihm plötzlich mitgetheilt, es sei neuerdings in Bezug auf die Nachtrags-Erkenntnisse („Gesammtstrafe") eine andere Entscheidung getroffen worden; die vor Erlaß des Nachtrags-Erkenntnisses angetretenen Strafen müßten nun sofort vollständig verbüßt werden (ohne daß jedoch der Verurtheilte der Vortheile des Nachtragserkenntnisses — die Gesammtstrafe ist kleiner als die Einzelstrafen zusammengenommen — verlustig gehe); und wenn Liebknecht zum Reichstag wolle, müsse er beim Justizministerium um Urlaub nachsuchen. Das that Liebknecht dann auch, stützte sich auf das Versprechen des Staatsanwalts (mit dessen ausdrücklicher Ermächtigung), setzte auseinander, daß er ohne dies Versprechen die Strafe entweder früher angetreten oder den Revisionsantrag gar nicht zurückgezogen hätte. Und — wurde abschlägig beschieden. Den Vers darauf kann sich Jeder selbst machen.

Uebrigens ist Liebknecht seit dem 17. ds. — drei Tage, nachdem der Reichstag in die Ferien gegangen, — wieder in Freiheit oder was man in Deutschland so nennt.

— Aus Leipzig. Preißer ist in Zwickau nachträglich richtig zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Natürlich § 131. Der Wink mit dem Zaunpfahl, den das Reichsgericht ertheilte, konnte seine Wirkung unmöglich verfehlen. Wer aber leugnet, daß wir unabhängige Richter haben, macht sich eines Vergehens gegen § 131 schuldig.

Hr. Ackermann von Dresden, der in vielen Farben schillernde und mit allen Hunden gehetzte Streber hat Pech gehabt. In Berlin Agrarier und Sozialreformer unterschrieb er dort den Antrag auf Einführung der Börsensteuer, vergaß dabei aber, daß er in Dresden selber Börsensyndikus ist und vom „Giftbaum" hübsche goldene Aepfelchen bezog. Da haben ihm denn die Herren vom Giftbaum das Gedächtniß geschärft und ihm seine Absetzung angekündigt, worauf er mit affenartiger Geschwindigkeit „freiwillig" die Stelle niederlegte. Das kommt davon, wenn man ein schwaches Gedächtniß, ein weites Gewissen und vielerlei Ueberzeugungen hat. Armer Ackermann!

Herr Nostiz-Wallwitz, sächsischer Minister des Innern, Puttkamer en miniature, liebt es, „Witze" zu machen. Daß sie nicht gut ausfallen, daran ist wenigstens sein guter Wille nicht schuld und nach dem Satze: ultra posse nemo obligatur, ein Schelm gibt mehr als er hat, muß ihm das verziehen werden. Einen seiner üblichen „Witze" hat er in dem von ihm verfertigten Theil der „Denkschrift" über den „Kleinen" gemacht, indem er es als besonders erschwerend hervorhebt, daß verschiedene der aus Leipzig Ausgewiesenen in der Nähe bleiben, und Geschäft und Familie in Leipzig lassen. Seine „gemüthliche" und „witzige" Exzellenz denkt hierbei an Borsdorf und die dort — wenn sie nicht im Gefängniß untergebracht sind — wohnhaften Genossen Bebel und Liebknecht. Also beide hätten, um Herrn Nostiz zu befriedigen, in Leipzig Alles verkaufen und mit der Familie wo anders hingehen sollen. Die „gemüthliche" und „witzige" Exzellenz scheint zu denken, ein Geschäft, wie das Bebel'sche, ließe sich in der Reisetasche forttragen, und die Uebersiedlung einer großen Familie, wie Liebknecht sie hat, ließe sich im Handumdrehen bewerkstelligen. Und wohin sollten denn beide mit den Familien gehen? Auf ein Dorf? Aber da läßt sich kein Geschäft anlegen, und fehlt's an den Schulen für die Kinder. In eine Stadt? Ja, wer bürgt denn dafür, daß die von ihnen ausgesuchte Stadt nicht auch mit dem „Kleinen" beglückt und einstweilen, nach dem famosen sächsischen Gesetz, durch lokale Ausweisung der gefährlichen Eindringlinge „gerettet" wird? Und dann soll das Wandern mit Geschäft und Familie wohl wieder von Neuem angehen? Exzellenz von Nostiz-Wallwitz hat sich ja selber ausdrücklich für derartige Fälle das sächsische Ausweisungsrecht vorbehalten. Und daß man keine Lust hat, ihm zur Ausübung dieses herrlichen Rechts Veranlassung zu geben — das ärgert ihn. Der gute Mann. Schade, daß wir ihm nicht helfen können.

— Auch ein Rückgang unserer Partei. In Nürnberg haben bei den Wahlen zum gewerblichen Schiedsgericht unsere Genossen sogar bei den Arbeitgeberwahlen ihre Kandidaten durchgesetzt. Wanken auch die Berge selbst?

— In Hamburg wurden am 11. Dezember wegen Verbreitung des „Sozialdemokrat" Genosse Kittel (Buchbinder) zu 2 Monaten, Genosse Gewand (Kolporteur) zu 4 Wochen Gefängniß verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte bei ersterem 8 Monate, bei letzterem 6 Monate beantragt. Schuhmacher Bluft wurde freigesprochen. Sämmtliche drei Genossen hatten 8 Monate in Untersuchungshaft zugebracht.

— Amerika. Ein in hohem Grade erhebendes Arbeiterfest wurde am 30. November in Brooklyn bei Newyork von unseren Genossen gefeiert: die Einweihung eines der Befreiung der Arbeiter gewidmeten Arbeiterbildungsinstituts (Labor Lyceum). Den Grund und Boden zu dem Gebäude hatte im Frühjahr ein hochherziger Genosse, Dr. Franz Gerau, der Partei zum Geschenk gemacht, während zu den Baukosten die Genossen weit und breit freiwillige Spenden beisteuerten. Jetzt ist das Gebäude nach den Entwürfen des Genossen Fabian fertiggestellt. Es hat vier Stockwerke, dessen zweites eine Halle enthält, in der ungefähr 2000 Personen bequem Platz finden. Im ersten Stockwerke sind Versammlungs- und Speisezimmer, im dritten Bibliothek und Schulsaal, im vierten Sitzungszimmer und die Wohnung des Verwalters. Mit der Halle ist auch ein Kindergarten verbunden.

Die Einweihungsfeier gestaltete sich zu einer großartigen Demonstration. Tausende von Arbeitern waren, zum Theil meilenweit, herbeigeströmt, um sich an derselben zu betheiligen. Die Feier wurde nach einleitender Musik mit einem von Gen. Hugo Schlag gedichteten und von Gen. Fritz Milke vorgetragenen schönen Prolog eröffnet. Darauf hielt Dr. Gerau, der Präsident der „Labour Lyceum Association" eine mit brausendem Beifall aufgenommene Ansprache, in der es heißt:

„Für die Wahl der Mittel zu unserem Ziele ist uns der Instinkt des Volkes Führer. Wohin das unmittelbarste Bedürfniß die geistige Regsamkeit konzentrirt, dort suchen wir die Anknüpfungspunkte für unsere Wirksamkeit. In diesem Lande bethätigt sich der Drang nach Besserung vorzugsweise in Organisationen, die am verständlichsten der fühlbaren Noth baldige Abhilfe versprechen. Diese Organisationen sind die Arbeiter-Gewerkschaften. Sie müssen die hohe Schule werden für die Aufklärung der Arbeiterklasse; sie müssen dieselbe begreifen lehren, daß sie von der Humanität einzelner Arbeitgeber nichts zu erwarten habe und daß nicht die Härte Anderer die Schuld trägt für ihre Lage, sondern das System, das Verhältniß, daß jene Arbeitgeber, Fabrikbesitzer, Kapitalisten sind, und sie selber profitschaffende Werkzeuge zu fremdem Nutzen, um den vollen Preis ihrer Mühe betrogene Parias. Sie müssen einsehen lernen, daß, um das System zu ändern, sie selber die System-Macher, die Herren im Staate werden müssen; einsehen endlich, aller Sophistik zum Trotz, daß nur eine zu politischer Aktion geschulte Arbeiterpartei die alte Spitzbubenwelt aus dem Geleise bringen und eine vernünftige Gesellschaftsordnung begründen kann."

Weitere Ansprachen hielten noch die Genossen A. Jonas, J. Franz, Th. F. Cuno und Andere, während in der Zwischenzeit Chor- und Massengesänge abwechselten. Ein Ball sowie eine Verloosung schlossen die Feier, zu der wir unsere Brooklyner Freunde nur beglückwünschen können.

Korrespondenzen.

— **Dresden.** Dem Vorgehen unserer Genossen in Barmen Elberfeld folgend, wollen auch wir uns gestatten, zur Skandalchronik unserer hohen Polizei einen kleinen Beitrag zu liefern. Beginnen wir diesmal mit einem der untergeordneten Organe, da die Affaire Schmidt unseren Koryphäen vorläufig wohl einige Unannehmlichkeiten bringen dürfte, und deshalb Indiskretionen unsererseits, welche die werthen Personen dieser Herren betreffen, später immer noch ihren Zweck erreichen werden.

Der Mann, mit dem wir uns heute beschäftigen wollen, heißt Kirsten und bekleidet bei der Dresdener Polizei das Amt eines Sittenpolizisten, also ein Mann, dem die Aufrechterhaltung der Ordnung in gewissen, von unseren Bourgeois stark besuchten Häusern obliegt und der außerdem darauf zu sehen hat, daß sich gewisse Damen an öffentlichen Orten nicht über die Gebühr hervorthun. Zur Jagd auf „Rothwild" wurde der Betreffende nur zu Zeiten, wenn die Wogen der politischen Bewegung ungewöhnlich hochgingen, also bei den letzten Landtags- und Reichsrathswahlen, verwandt. Von einem Manne also, der das Amt eines Sittenwächters bekleidet, sollte man deshalb voraussetzen dürfen, daß er selbst ein wahrer Hohepriester der Tugend sein müsse; doch weit gefehlt! Obgleich Kirsten verheirathet und Vater zweier Kinder ist, verschmäht er es doch nicht, mit einem anderen Frauenzimmer im Konkubinat zu leben. Er war auch dann noch nicht zu bewegen, dies Verhältniß aufzugeben, als seine Frau davon Kenntniß erhielt und es dieserhalb zwischen ihr und ihm zu den heftigsten Auftritten kam. Als nun jüngst die Ehefrau des pp. Kirsten ihren Mann nach mehrtägiger Abwesenheit wieder einmal in der Wohnung seiner Konkubine aufsuchen wollte, war das Pärchen ausgeflogen; Kirsten hatte eine neue Wohnung gemiethet und diese mit seiner Angebeteten als „Braut und Bräutigam" bezogen. Kirsten verlangt nun von seiner Frau, daß sie in eine Scheidung willige, diese aber will davon nichts wissen; sie hofft vielmehr immer noch, daß sie ihren Ehemann „zu besserer Einsicht bekehre", und möchte namentlich (nach ihrer eigenen Aussage) nicht die verschiedenen „Geschenke" entbehren, welche für ihren Mann bei Ausübung seines Berufs in den feinen Etablissements der Demimonde abfallen, wenn er einmal eine Auge oder nach Befinden auch alle zwei zudrücken soll, und welche außer baarem Geld zum Theil in Naturalien und nicht unbeträchtlichen Quantitäten Wein bestehen. Schließlich hat die Frau sogar gedroht, das Verhalten ihres Mannes seinen Vorgesetzten zur Anzeige zu bringen, was Kirsten so aus dem Häuschen gebracht haben soll, daß er sagte, er würde sich dann erschießen. Dem ist jedoch kein großer Werth beizumessen, denn Kirsten weiß ebenfalls ganz genau, daß es seine Vorgesetzten um kein Haar besser treiben, und — eine Krähe hackt der anderen die Augen nicht aus. Die Aufgabe, hier einmal gründliche Abhilfe zu treffen, ist nur der Sozialdemokratie beschieden, und daß dies recht bald geschehe, darnach zu streben ist Pflicht eines jeden wackeren Parteigenossen. B.

— **Radeberg bei Dresden,** im Dezember. Auch wir wollen heut einmal den Raum des „Sozialdemokrat" in Anspruch nehmen, um einige schlaue Streiche unserer Wohllöblichen zur allgemeinen Kenntniß zu bringen; denn Radeberg stellt sich nach den neueren Polizeistückchen würdig an die Seite von Schilda.

Genosse Hünigen wurde am 13. September unter dem Vorwand verhaftet, er solle beleidigende Aeußerungen über den Kaiser gethan haben, ja es läge sogar die Möglichkeit eines Attentats vor; und so wurde dieser Mann, der sich nur mittelst Krücken fortbewegen kann, 17 Tage in Haft behalten, um dann wieder entlassen zu werden, weil die Staatsanwaltschaft keinen Grund zur Anklage finden konnte. Da aus diesem Prozeß Nichts wurde, so mußte, um die Blamage wieder auszuwetzen und der staunenden Menschheit von Radeberg die Gefährlichkeit der Sozialisten und die Nothwendigkeit der Polizei zu beweisen, etwas anderes her.

Bei der Beerdigung des Genossen Nägel hatten die hiesigen Sozialisten demselben einen Kranz mit rother Schleife auf das Grab gelegt, darob großes Entsetzen; es war aber einmal geschehen, und man konnte nichts dagegen machen, als daß die Frau des Verstorbenen veranlaßt wurde, die Schleife wieder zurückschicken. Etwas mußte aber doch gefunden werden, um den Rothen was am Zeuge zu flicken, und richtig, Polizist Barden war der Schlaumeier: er fand das Gesuchte.

Nachdem er die anwesenden Sozialisten mit seiner Gaunervisage lange Zeit angeglotzt hatte, bemerkte er plötzlich etwas Rothes; die Augen gehen ihm vor Freude über, er hats entdeckt — flugs die Anzeige geschrieben, und ein kleines Prozeßchen wird schon fertig werden. Einige Tage später wird die Frau des Genossen Lehmann zum Amtsanwalt Heinze geladen und ihr die Entdeckung des Polizisten Barden, sowie ihre ganze Gefährlichkeit vor Augen geführt. Die Unglückliche! schuldbeladen steht sie da, sie fühlt die ganze Wucht dieser furchtbaren Anklage und das corpus delicti, um was es sich handelt, liegt in ihrer Wohnung: ein simpler Strohhut mit einer kleinen rothen Schleife war an allem Schuld.

Trotzdem Frau Lehmann diesen Hut in Radeberg und Dresden bis dato unbeanstandet getragen hatte, ist er jetzt in den Augen des Amtsanwalts Heinze in so hohem Grade staatsgefährlich, daß von Amtswegen eingeschritten werden muß; die kleine rothe Schleife mache das deutsche Reich mit seinem herrlichen Kriegsheer erzittern!

Uns gegenüber aber wird Heinze mit diesem Prozeß nicht mehr Glück haben als mit dem Hünigen'schen. Alle diese Unzuträglichkeiten machen nur, daß wir uns um so fester aneinanderschließen, und ist unser Häuflein bis jetzt auch noch klein, so vermehrt es doch die Kraft der großen Freiheitsarmee.

Soweit hatte ich dies geschrieben, da erfahre ich soeben, daß Frau Lehmann „wegen Tragens republikanischer Abzeichen" geschehen durch die oben angeführte rothe Schleife auf dem Hute, zu vier Tagen Gefängniß verurtheilt worden ist.

Das ist die Krone der Infamie.

Amtsanwalt Heinze kommt auf Konto. Sturmvogel.

— **Stuttgart.** Am Mittwoch, den 20. Dezember, finden die württembergischen Landtagswahlen statt und sind auch wir in die Agitation eingetreten. Ueber die hier am 20. November abgehaltene Versammlung, in der unser Kandidat für Stuttgart, Dr. Dulk, sprach, hat der „Sozialdemokrat" schon berichtet. Für Stuttgart-Stadt sind bis jetzt nur zwei Kandidaten aufgestellt: Dr. Dulk und der Kandidat der Regierungspartei, Oberbürgermeister Dr. von Hack. Die Volkspartei studirt noch, ob es angesichts des Volkbank-Krachs thunlich ist, dem Regierungskandidaten Konkurrenz zu machen.

Für Stuttgart-Amt werden wir wohl in Ermangelung eines geeigneten Kandidaten Dr. Dulk als Zählkandidat aufstellen.

In Eßlingen wird Genosse Kaufmann, Rothgerber, kandidiren.

Im Weiteren wurde seit dem letzten Bericht in der Agitation auch nichts versäumt. Das Resultat bei der Nachwahl zum Reichstage in dem 14. Wahlkreis ist bekannt. Der Reichstagsabgeordnete Kayser hat in diesem Wahlkreise in Heidenheim und Schnaitheim Versammlungen abgehalten, sowie auch in Cannstatt, Göppingen, Eßlingen, Gmünd, Stuttgart, Heilbronn und Ravensburg in Versammlungen über die Kranken-, Unfall und Innungs-Gesetzesvorlagen referirt. In Gaisburg wollte der Schultheiß den Staat retten und löste die Versammlung auf Grund des Sozialistengesetzes auf, bevor noch Kayser sprach. In Folge Beschwerde an das Oberamt wurde jedoch eine weitere Versammlung genehmigt und referirte dann, in Verhinderung von Kayser, Genosse Löbenberg. — Auch in Reutlingen wurden zwei anberaumte Versammlungen verboten, weshalb Kayser Beschwerde führte. — In Gaistingen hat bei der Wahl zum Reichstage der dortige Stadtschultheiß, als ein Genosse für Bebel sprechen wollte, die merkwürdige Entdeckung gemacht, daß ein Sozialdemokrat nicht das Recht habe, in Wählerversammlungen zu sprechen, und strafte den Verbrecher mit Entziehung des Wortes.

— **Hannover,** Anfangs Dezember. Topezirer Flügge, vor 1878 ein sehr tüchtiger Genosse, hat Anklage erhalten wegen eines Paketes, welches zu Pfingsten hier mit fingirtem Absendernamen versandt wurde und wieder retour kam. Die Handschrift soll identisch mit der seinigen sein, und doch ist der Mann unschuldig. Daß Genossen so unvorsichtig gewesen seien, diesen Namen zu wählen, ist kaum anzunehmen, da es doch Gegnernamen genug gibt, auf welche man hätte „sündigen" können. Wer mag da also die Hand im Spiele haben?

Cigarrenmacher Ackemeier, Hauptleiter eines Streikes und Abonnent des „Sozialdemokrat", wurde verhaftet wegen Bedrohung der Arbeiterinnen. Man fand bei ihm verschiedene Nummern. In den ersten 24 Stunden wurde er verhört, dann nicht mehr — und — glücklich nach vier Wochen wieder entlassen! Warum? Das wissen die Götter!

— **Forst** (Niederlausitz). Am 2. Dezember fand hier eine von einem unserer Genossen einberufene Volksversammlung statt. Es war die erste seit Inkrafttreten des famosen Gesetzes vom 21. Oktober 1878, zu der einer unserer Reichstagsabgeordneten, Genosse Kayser, das Referat übernommen hatte. Auf der Tagesordnung stand: „Die Arbeitergesetzgebung im Reichstage." Nach Eröffnung stellte einer der Anwesenden den Antrag, die Kosten durch eine Tellersammlung zu decken, worauf der anwesende Bürgermeister erklärte, daß, wenn ein derartiger Beschluß gefaßt würde, er die Versammlung gleich auflösen müsse. Die Abstimmung unterblieb deshalb.

Genosse Kayser besprach sodann das Thema in eingehender und kritischer Weise in anderthalbstündigem, seitens der ca. 1000 Personen zählenden Versammlung mit Beifall aufgenommenen Vortrage. Doch bei dem Passus der Rede: es sei das Mißtrauen der Arbeiter zu den „guten" Absichten der Regierung sehr erklärlich, indem u. A. verschiedene Lokalbehörden das Sammeln von Geldern zu nichtpolitischen Zwecken, wie z. B. zum Crimmitschauer Weberstreik, wo es sich doch nur um Aufbesserung der Löhne, also um materielle Besserstellung der Arbeiter, handele, riß das Haar am Damoklesschwert über dem Haupte des Redners, und unser gestrenger Stadttyrann erklärte in schüchternem Tone die Versammlung für aufgelöst. Er behielt jedoch dabei seine Pelzmütze wie weiland der französische Bauer auf dem Kopfe, wahrscheinlich aus Furcht, daß seine paar Gramm Verstand zum Eisklumpen werden könnten oder auch aus angeborener — „Höflichkeit". Die Polizei hatte der Gestrenge vollständig aufgeboten, sogar aus den benachbarten Orten Berge und Pförten waren Gensdarmen anwesend, jedoch ging die Versammlung nach Aufforderung des Vorsitzenden ruhig auseinander, ohne die ersehnte Veranlassung für den — „Sabul" zu geben.

Doch genug, der Vortrag wie die Auflösung, beides hat zu unseren Gunsten mächtig gewirkt. Nur öfter und überall so, und die Arbeiter kommen immer mehr zur Einsicht über das Eine, was uns noth thut!

Im Auftrage: G. F.

Warnung.

Wir warnen hiemit sämmtliche Vereine und Genossen vor dem Buchbinder **Reinhold Köhler** aus Altenburg, „flüchtig" aus Stuttgart, zuletzt in Bern und Zürich, als einem gemeinen Dieb und Betrüger. Näheres in nächster Nummer.

Die Zürcher Vertrauensleute.

Briefkasten

der Redaktion: Pickelhaube: Mittheilung, H. betreffend, sehr interessant, indeß zur Veröffentlichung ungeeignet. Eine solche würde einer Denunziation H.'s gleichkommen, und obwohl wir unsern Verdacht bezüglich dessen unsauberer Rolle aufrecht erhalten, müssen wir doch die Gerichtsverhandlung abwarten, bevor wir weitere Schritte in der Angelegenheit thun. Jedenfalls sagen wir Ihnen hiermit bestens Dank. — Einsender aus Crimmitschau: Ihre höchst interessante Zuschrift kommt in nächster Nummer zum Abdruck. — F. X. in Hoboken: Desgleichen.

der Expedition: Kollegium Chur: Fr. 1,50 f. d. Gem. dkd. erh. — A. Lanferm. Chicago: Fr. 101,25 (20 Doll.) à Cto. erh. — E. a. R.: M. 12,— Ab. Okt. u. Nov. M. 1,— f. Schft. erh. Bf. folgt. — Rother Strahl: Bf. erh. Addr. notirt. — Drosselbruder: M. 40,— à Cto. Ab. 4. Qu. erh. Bfl. Weiteres. — P. M.: London: Fr. 1,— f. Schft. erh. Addr. an "Arbft." gemeldet. — H. W. i. J.: M. 30,— à Cto. Ab. erh. Bf. erwartet. — Stty. Z.: Fr. 1,50 Spes. u. Porto erh. — H. M. Disch Ver. Genf: Fr. 16,10 à Cto. erh. — Rebus: M. 6,— Ab. Dez. erh. Weiteres unbekannt, da nicht an uns gesandt. Außer Ihnen keine Verbdg. mit dort. — v. d. Eider: M. 58,20 à Cto. Ab. 4. Qu. erh. Addr. u. Mehrbstllg. notirt. — F. Bloch: M. 3,— Ab. 1. Qu. f. H. M. erh. — F. Bjr. Ashl.: Fr. 4,15 f. Schft. erh. — T. i. B.: M. 4,80 (nicht M. 5,—) erh. Weiteres anderseitig. — A. J. Fthl.: Fr. 2,10 erh. — Kilian: M. 36,— Ab. 4. Qu. erh. Addr. notirt. Bfl. am 18/12. Weiteres. — Flensburg v. Gen. d. alten Schlages: M. 11,30 pr. Ufds. u. M. 24,— pr. Athl.-Cto. dkd. erh. — Tönning durch F.: M. 3,10 p. Ufds. dtd. erh. — Otto: Bfe. v. 14. u. 15/12. erh. Weiteres besorgt. Bravo für die 201! — Peter: In Nro. 51 irrig unter „Franz" quittirt. Bfl. am 18/12. mehr. — Blanc: M. 5,— à Cto. erh. und am 19/12. gesandt. — Mercurius: Bete. Addr. ist ganz gut. — Rother Haus: Bf. v. 16/12. hier. Gut. Alles notirt. — Rother Greif: Bf. vom 12. erh. Bf. folgt. — R. Wormser: Sdg. vom 15/12. 2c. erh. Alles besorgt. — W. B. B.: M. 1,75 f. Schft. erh. — R. Carlson Newyork: Fr. 253,15 (50 Doll.) Weihnachtsgeschenk v. einig. Cig.-Arb. bei Straiton u. Storm pr. Agfds. u. Ufds. dkd. verwendet. — R. K.: M. 10,— à Cto. Ab. erh. — P. G. Itzehoe: M. 16,— p. Anthl.-Cto. gutgebracht. — A. B. Paris: Fr. 178,25 Ab. 4. Qu. erh. Büllg. abgg. Rast: M. 50 — à Cto. Ab. erh. Bericht erwartet. — Johannes B.: Mk. —.50 f. Schft. erh. Alle versorgt. Weiteres sobald reagirt wird. — Prof. C. Sch. Manchester: Fr. 12.50 Ab. bis Ende Dezbr. 83 erh. Fr. 12.10 d. Afd. dkd. zugew. — Fldhptm.: Selbst an die Bete. schreiben. Prosit! — P. G. Gera: Mk. 15.— baar und Mk. 40.— pro Sept. Okt., Nov. und Dez. in Ggrchg. d. Ufd. einverleibt.

Zürich Montag den 25. Dezember, als am Weihnachtsfeste, im großen Saale des alten Schützenhauses

Weihnachtsfeier der deutschen Sozialisten,

bestehend in Musik, Gesang, Festrede, Deklamationen, unter gefälliger Mitwirkung der Gesangssektion des deutschen Vereins „Eintracht" und **Gabenverlosung** zu Gunsten des deutschen Unterstützungsfonds.

Beginn Abends 6 Uhr. Entree 20 Cts.

Zu zahlreichem Erscheinen ladet die Genossen mit ihren Familien, sowie die Freunde der Arbeitersache ein

Der Lokalausschuß.

Abonnements-Einladung.

Mit 1. Januar 1883 beginnt ein neues Quartalsabonnement auf den „Sozialdemokrat".

Wir ersuchen unsere Genossen und Freunde für die Gewinnung neuer Abonnenten unablässig thätig zu sein. **Weder das Abonnement auf den „Sozialdemokrat" noch das Empfehlen desselben ist in Deutschland strafbar, sondern lediglich die direkte Verbreitung.**

Es ist deshalb Pflicht wie Interesse jedes Parteigenossen, aufs eifrigste für die Verbreitung des „Sozialdemokrat" zu wirken. Da der „Sozialdemokrat" in Deutschland bekanntlich auf Grund des Ausnahmegesetzes verboten ist, so muß die Verbreitung selbstverständlich mit größter Vorsicht geschehen; letztere angewandt, ist die Sache übrigens durchaus ungefährlich und leicht ausführbar. **Das bloße Abonnement ohne Weiterverbreitung ist gesetzlich erlaubt.**

Der „Sozialdemokrat" wurde vom letzten Parteikongreß einstimmig zum einzigen offiziellen Organ der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands erklärt.

Der vorauszahlbare Abonnementspreis des „Sozialdem." beträgt vierteljl. für Deutschland und Oesterreich 3 Mark (1 fl. 70 kr.), wofür das Blatt wöchentlich als verschlossener Brief versandt wird; für die Schweiz 2 Fr., für alle übrigen Länder des Weltpostvereins 2. Fr. 50 Cts. (unter Band). Dieser Preis kann indessen, namentlich in Deutschland, bedeutend ermäßigt werden, wenn sich die Genossen eines Ortes zum Bezug im Großen vereinigen. Wenn unverdächtige Empfangsadressen gewählt werden und damit stets gewechselt wird, wenn ferner die geheime Vertheilung an die abonnirten Genossen vorsichtig geschieht; dann ist die Gefahr der Entdeckung beim Gesammtbezug weit geringer wie bei den Briefsendungen.

Bis zu 16 Exemplaren können in Doppelbrief übermittelt werden; bei größeren Bestellungen ist die Zusendung in Packet vorzuziehen. Bei Bezug von zehn Exemplaren an ist der Preis per Quartal auf M. 1. 80. franko ins Haus festgesetzt, und ist der Betrag monatlich mit 60 Pf. im Voraus einzusenden. Sämmtliche Sendungen werden gut verpackt, nicht in der Schweiz, sondern in **Deutschland** aufgegeben.

Briefmarken aller Länder werden für voll angenommen; größere Beiträge in Papiergeld mittelst eingeschriebenem Brief oder Post-Einzahlung.

Da nicht unbedeutende Kosten durch ungenügendes Frankiren entstehen, so machen wir darauf aufmerksam, daß einfache Briefe (bis 15 Gramm) nach der Schweiz 20 Pfg., resp. 10 Kreuzer ö. W. kosten, bei schwereren Briefen je 15 Gramm weitere 20 Pfg., resp. 10 Kreuzer.

Man wende sich bei Einzelbestellungen an die Expedition, Hottingen-Zürich, bei gemeinsamem Abonnement und um Aufschlüsse an die bekannten Agenten in Deutschland, oder an die Unterzeichneten durch Vermittlung in der Schweiz oder sonst im Ausland lebender Freunde.

Monatliche Vorausbezahlung des Abonnementspreises an unsere Vertrauensmänner und Filialeverwalter ist unerläßlich!

Parteigenossen! Sammelt Euch um Eure Fahne und benützt die Euch gegebene Waffe mit Eifer und Geschick; seid rührig und thut Eure Pflicht!

Redaktion und Expedition des „Sozialdemokrat".

Schweizerische Genossenschaftsbuchdruckerei Hottingen-Zürich.